

Podiumsdiskussion: Rechte und rechtskonservative Tendenzen in Europa und ihre Auswirkungen auf die Frauengesundheit

Ulrike Hauffe: Frau Helga Trüpel, wie erleben Sie als Abgeordnete von Bündnis90/Die Grünen im Europaparlament diese rechten und rechtskonservativen Tendenzen?

Helga Trüpel (EU-Parlamentariern): Aus meiner Sicht haben wir es sogar mit einem globalen Problem zu tun. Es gibt das Phänomen Donald Trump in den USA, den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, Wladimir Wladimirowitsch Putin in der russischen Föderation, Baschar Hafiz al-Assad in Syrien usw. Meine Grundthese ist: Die demokratische, offene Gesellschaft ist gefährdet durch nationalistische und autoritäre Versuchungen. Es sind viele Männer, die dafür stehen, aber nicht ausschließlich. Marine Le Pen in Frankreich ist eine rechtspopulistische Politikerin. Diese geschiedene Frau mit zwei Kindern hält ausländerfeindliche Reden und repräsentiert – anders als ihr Vater Marin Le Pen – ein interessantes Modernisierungsmuster rechter und rechtspopulistischer Politik. Sie ist deshalb schwerer zu bekämpfen, aber ihre ausländerfeindlichen und faschistischen Reden im Europaparlament sind wirklich eine Zumutung. Marine Le Pen hatte einen sehr klugen Berater, Florian Philippot. Werden die liberale Demokratie und die offene Gesellschaft überleben? Vor dieser Frage stehen wir heute und das ist für Frauen und Mädchen besonders wichtig. Sonst wird viel von dem Empowerment, das wir die letzten Jahrzehnte erreicht haben, wieder verloren gehen. Ich als Feministin habe das Gefühl, wirklich etwas zu verteidigen zu haben, an erreichter Gleichberechtigung, an liberaler Demokratie, an gesellschaftlicher Offenheit, an Fähigkeit mit Differenz umzugehen.

Ulrike Hauffe: Wie drückt sich das in der europäischen Politik aus? Was bekommen Sie an Tendenzen mit, die in den anderen europäischen Staaten zu beobachten sind?

Helga Trüpel: Ich denke an den Brexit, das war auch eine nationalistische Verführung. Was wurde der Bevölkerung nicht alles versprochen, auch den jungen Menschen, die nicht ausreichend zur Wahl gegangen sind? Narzisten wie Neil de Verbach haben mit vielen Lügen gearbeitet, z.B. was es angeblich mit dem Brexit an Geld für den NHS zurückgibt. Ich meine, dass solche Lügen funktionieren und junge Menschen nicht ausreichend zur Wahl gegangen sind, ist Teil unseres gemeinsamen Problems. Viktor Mihály Orbán von der ungarischen Partei Fidesz betreibt als Ministerpräsident von Ungarn eine sehr nationalistische Politik. Sein Kollege Jarosław Kaczyński ist ein Narzist wie er, nur ein bisschen älter und nicht so schick. Mit dem smarten Sebastian Kurz von der ÖVP und seinem Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der FPÖ regieren rechtspopulistische Politiker Österreich. Das hat viel damit zu tun, dass es dort jahrelang eine große Koalition gab. Die Menschen hatten das Gefühl, gegenüber diesem Filz machtlos zu sein. Und das hat viel mit diesem smarten Politikertypus zu tun. In Deutschland müssen wir uns mit der AfD auseinandersetzen. Dort geben nicht nur alte Männer wie Alexander Gauland den Ton an. Es sind auch junge Männer, die die AfD wählen. Es sind

auch Frauen – bis vor einigen Wochen Frauke Petry – wie Dorothee von Storch einflussreich. Frau von Storch war zuvor im Europaparlament, für mich eine ideologische Zumutung. In Holland verbreitet Geert Wilders mit seiner Partij voor de Vrijheid wie ein blondgefärbter Popstar Feindlichkeit gegen Muslime und beispielsweise Migranten aus Marokko. All das ist Ausdruck dieser gesellschaftspolitischen Verwerfungen durch einen rechtspopulistischen Kurs. Auch die skandinavischen Länder bleiben nicht verschont. Das ist sehr besorgniserregend. Was wir verstehen müssen: Die EU ist gefährdet, wenn die Nationalisten gewinnen. Ich bin zutiefst Europäerin. Ich möchte diese Union erhalten, auch wenn sie Mängel und Schwächen hat, die wir politisch verbessern müssen. Europa ist für mich ein Projekt politischer Aufklärung.

Ulrike Hauffe: Vielen Dank Frau Trüpel. Ich möchte für die spätere Diskussion einen kleinen Merker formulieren: Warum sind die Menschen heute verführbar – von diesen Führungsfiguren? Ich fand es interessant, dass Sie diese Personen auch in ihrer körperlichen Selbstdarstellung beschrieben haben und dies als Teil der Durchsetzung sehen. Das können wir als Merkposten im Hinterkopf behalten. Diese rechten und rechtspopulistischen Phänomene sind nicht nur damit zu erklären, dass Menschen verarmen oder in prekären Lebenslagen sind. Ein solches Erklärungskonzept wäre zu einfach. Nach diesem Überblick von Frau Trüpel würde ich an dieser Stelle das Nachdenken mit Joanna Gwiazdecka, Philosophin aus Polen, gerne vertiefen. Vertiefen würde ich das gerne, weil für uns die Solidarität überraschte, die polnische Frauen zum Thema Schwangerschaftsabbruch auf die Straße gebracht. Ich habe das in diesem Umfang selten erlebt und diese Aktionen haben mich erleichtert. Ich habe mich gefragt: Warum sind wir so erleichtert? Weil wir das unter diesen politischen Umständen nicht erwartet haben. Weil die Frauen so viel Macht entfaltet haben, dass sie das angestrebte Projekt, Verbot der Abtreibung, sogar verhindern konnten. Können Sie uns erklären, was in Polen derzeit geschieht?

Joanna Gwiazdecka (Philosophin): Die Lage in Polen ist nicht so durchsichtig. Zu Beginn möchte ich erst einmal betonen: Ohne EU wäre es noch schlimmer – und zwar nicht nur in Polen. Polen ist ein großes Land und erfährt eine entsprechende Aufmerksamkeit. Wir müssen aber auch Tschechien sehen, und Ungarn oder andere Länder, die auf dem Weg in die liberale Demokratie nun mit diesen gegenläufigen Entwicklungen zu tun haben. Das Beispiel Abtreibungsrecht: Ich muss etwas in die Vergangenheit rutschen, um diese Auseinandersetzungen zu erklären. 1993 wurde ein Kompromiss geschlossen. Der Beitritt in die EU war ohne die katholische Kirche nicht möglich, deswegen wurde ein neues Abtreibungsrecht verabschiedet. Das ist eine traurige Tatsache. Abtreibungen wurden nur noch unter drei Voraussetzungen zugelassen: 1. Wenn die Gesundheit der Frau gefährdet ist; 2. Wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder von Inzest ist; 3. Der Fötus an schweren Missbildungen oder Krankheiten leiden würde. In allen anderen Fällen ist die Abtreibung streng verboten. Allerdings kann die Frau, die sich für eine Abtreibung entschieden hat, rechtlich nicht belangt werden. Das ist Ausgangslage. 2016 hatte die Volksinitiative „Stoppt die Abtreibung“ 450.000 Unterschriften gesammelt für eine Gesetzesänderung. Die Abtreibung sollte ausnahmslos verboten werden. Vorbereitet wurde diese Gesetzesinitiative von einem Institut, das konservativen Kreisen kostenlose, juristische Expertise für diese und ähnliche Fragen anbietet. Ein sehr bedeutender Unterschied im Vergleich zu dem Gesetz von 1993: Nun sollten abtreibende Frauen auch juristisch zur Rechenschaft gezogen werden und würden bis zu fünf Jahren Haft riskieren. Staatsanwälte wären verpflichtet, jede Fehlgeburt als einen potentiellen Abtreibungsfall zu untersuchen. Stellen Sie sich das vor: Bei einer Frau in dieser traurigen und besonderen Lage würde im Krankenhaus ein Rechtsanwalt erscheinen und die Ärzte oder Ärztinnen befragen, die

doch die Frau unterstützen und betreuen sollten. Dieser Vorschlag erzeugte in ganz Polen die Proteste. Noch eine wichtige Anmerkungen: Die Initiative „Retten wir die Frauen“ hatte für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes nur 150.000 Unterschriften sammeln können. Hier zeigt sich schon die Wirkung, die das Gesetz aus dem Jahr 1993 entfalten konnte. Schon damals sprach man nicht mehr von Abtreibung, sondern von Tötung oder Ermordung des ungeborenen Kindes.

Ulrike Hauffe: Erika Feyerabend, wie ordnen Sie diese Entwicklungen ein, die auch für Deutschland zu beobachten sind? Sie sagen, rechte, rechtsextreme, rechtspopulistische Organisationen und Bewegungen gibt es schon lange. Neu ist, dass sie mittlerweile an Regierungen beteiligt sind.

Erika Feyerabend (Journalistin): In Deutschland müssen wir von einer Regierungsbeteiligung glücklicherweise noch nicht sprechen. Ich hoffe auch, dass wir das zukünftig zu verhindern wissen. Es ist nicht angebracht, die politischen Situationen zu pauschalisieren. Insbesondere die Länder Osteuropas haben eine andere (vor allem jüngere) Geschichte durchlebt als die westeuropäischen Staaten. Es ist jedenfalls nicht hilfreich, die angesprochenen Probleme nur an Mentalitäten und Meinungen der jeweiligen Bevölkerungen zu adressieren – oder dort die Ursachen für diese Rechtstendenzen zu suchen. Insbesondere für Osteuropa gilt: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben die Menschen nicht nur die „schöne, offene Gesellschaft und Demokratie“ bekommen, sondern mit einer unglaublichen Geschwindigkeit auch einen Kapitalismus neoliberalster Ausprägung, der sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Verwerfungen erzeugt(e). Was Deutschland betrifft ist sehr viel von „Ängsten der Bevölkerung“ die Rede, die ernst genommen werden müssen. Das führt nicht selten dazu, dass die parlamentarische Politik der bürgerlichen Parteien sich insbesondere bei der Flüchtlingsfrage den AfD-Positionen nähert. Oder es ist von einem verborgenen Rassismus die Rede, der sich nun Bahn bricht. Sicher gibt es einen zu großen Prozentsatz rassistischer Einstellungen in dieser Gesellschaft. Wir müssen uns aber vor allem auch fragen: Wie sind die politischen Institutionen hierzulande und in Europa verfasst? Wie ist die Organisation von Wirtschaft und Öffentlichkeit aufgestellt? Was hören wir von den intellektuellen Eliten? Sowohl die Machtverhältnisse als auch die gesellschaftliche Stimmung wird wesentlich von all diesen einflussreichen Akteuren geprägt. Mit der Europäischen Union hat sich – insbesondere aus deutscher Perspektive – die Politik nationaler Vorteilsnahme keinesfalls erledigt. Wir müssen über diese Institutionen sprechen und sie zum Anknüpfungspunkt einer politischen Kritik machen. Ansonsten werden wir uns auf einen erstarkenden Rechtspopulismus und rechte Regierungen einzustellen haben. Dort dominieren durchgängig zwei Logiken: Die der Abgrenzung nach oben, gegen die gesellschaftlichen und politischen Eliten, die versagen, lügen und betrügen. Das tun sie zuweilen leider wirklich. Und die Abgrenzung nach außen, also allen gegenüber, die nicht zum so genannten „Volk“ gehören.

Ulrike Hauffe: Sie sprechen an anderer Stelle über die Krise politischer Repräsentation und die Funktionsweise der Massenmedien, die mit dem Rechtspopulismus kompatibel sind. Dieser neue Politikertypus, von dem Frau Trüpel sprach, könnte in diese Einschätzung passen.

Helga Trüpel: So wichtig und interessant ich fand, was Frau Feyerabend sagte, möchte ich dennoch etwas zu dem linkspopulären Argument sagen. Ich glaube auch, dass es durch die Art wie Kapitalismus in Osteuropa eingeführt wurde, zu vielen Verwerfungen gekommen ist. Allerdings wollten damals in Polen oder Ungarn viele den Staatssozialismus nicht mehr, dessen Unfreiheit und die fehlende Marktwirtschaft. Es hat also Bewegungen von unten gegeben, die gesellschaftliche Veränderungen wollten. Diese Bürgerbewegungen muss

man wahrnehmen. In der Tradition linker Debatte war die Frage damals auch: Wie kommt man vom schlechten Staatssozialismus zu einem aufgeklärten Kapitalismus mit Frauenrechten? Das wurde allerdings weniger in linken Medien publiziert. Zum Politikversagen und Korruption möchte ich anmerken: Beispielsweise finde ich – auch wenn ich eine deutliche Kritik an der Politik von Herrn Schäuble habe – dass es auch Eigenverantwortungen von Ländern wie Griechenland gibt, die gerade in einer schwierigen Lage sind. Mich überzeugt der Autor Andreas Reckwitz von der Universität Frankfurt/Oder zum Phänomen Rechtspopulismus/Rechtsextremismus mehr. Seine These: Es gibt drei Klassen in Deutschland oder auch anderen europäischen Ländern. Die kosmopolitische Klasse, die gebildet, mehrsprachig ist, gute Jobs hat und auch Frauen ihr eigenes Geld verdienen. Sicher nicht alle, es gibt auch ein akademisches Prekariat. Nach Reckwitz gibt es außerdem die alte Mittelschicht, in der Zahnärzte, Ingenieure, Wohlstuierte sich eingerichtet haben. Sie wollen nicht die Changemaker des Landes sein. Und es gibt die Unterschicht, die mit Hartz IV leben muss, mit weniger Chancen zu reisen, sich zu bilden, Sprachen zu lernen und gute Jobs zu bekommen. Deshalb ist für Bündnis90/Die Grünen Bildung auch so ein zentrales Thema.

Ulrike Hauffe: Ein interessantes Interview mit Herrn Reckwitz ist übrigens am 5. Oktober in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ erschienen. Frau Trüpel hat gerade die Jugendlichen angesprochen, deshalb würde ich gerne Silke Baer in unsere Diskussion nehmen. Sie arbeiten mit Jugendlichen. Wie würden Sie das Phänomen Rechtspopulismus in dieser Generation beschreiben? Sind es kleine Gruppen oder Subkulturen?

Silke Baer: Vorweg: Rechtspopulismus ist für mich ein Erwachsenenphänomen. Zu der Arbeit von cultures interactive e.V.: Wir machen bereits seit dem Jahr 2001 Präventionsprojekte mit Jugendlichen, vorwiegend in den neuen Bundesländern, und dort vor allem in strukturschwachen Regionen. Wir adressieren unsere Projekte an Jugendliche, die weniger Chancen haben weil sie sich etwa auf Haupt- und Förderschulen befinden. Mit diesen jungen Leuten machen wir eine lebensweltlich orientierte und jugendkulturelle politische Bildung. Unsere Grundfrage war: Wie macht man politische Bildung auf jugendgerechte Weise und mit einem interkulturellen Schwerpunkt? Wir haben mit Lehrern und Lehrerinnen gesprochen. Wir sind in die Jugendgruppen gegangen und haben dort viele rassistische, sexistische, homophobe Äußerungen gehört. Wir haben versucht herauszufinden, ob das vor allem Jugendjargon ist, oder ob dahinter Hass und Menschenverachtung steckt. Mit unserem eher narrativen, therapeutischen Ansatz – mit dem wir dozierendes Auftreten vermeiden möchten – stellt sich durchweg heraus: Solche Haltungen und Geschichten haben viel mit dem familiären bzw. sozialräumlichen Milieu zu tun. Die oft medial gezeigten und zitierten subkulturellen rechtsextremen Ausformungen wie etwa Skinheads u.a.m. sind heute weit weniger wichtig. Aber für die Medien beispielsweise sind die Subkulturen schön symbolisch und plakativ. Dabei geht es eher um die Milieus, dort wo die Verachtung und Abwertung gegenüber bestimmten Gruppen tatsächlich eine gewisse Tradition hat. Das ist nicht nur ein ostdeutsches Problem. Spezifisch für Ostdeutschland ist eher, dass die Zivilgesellschaft dort über Jahre sehr schwach war. Die Lehrkräfte waren nach der Wende verunsichert, ob sie jemals wieder etwas Politisches sagen dürfen. Es gab und gibt einen Leerraum für Gespräche und Diskussionen mit den Jugendlichen. Das zeigte sich auch an der Resonanz auf unsere Arbeit. Eine junge Frau äußerte zu einem unserer Workshops, dass sie das erste Mal die Aussage gehört hätte, dass die Ausländer „ihnen“ gar nicht die Arbeitsplätze wegnehmen. Daran erkennt man schon, welche Haltungen die Jugendlichen im Alltag mitbekommen. Bei unseren Lehrerfortbildungen begegnen uns seit Jahren all die Äußerungen besorg-

ter Bürger und Bürgerinnen, die wir heute eben ständig hören: Dass sie nicht gehört werden, von der Politik nicht beachtet und vertreten werden usw.

Ulrike Hauffe: Sie haben das Wort Verachtung benutzt. Verachtung ist ja ein Abgrenzungsbegriff und ist gleichzeitig auch eine Projektion. Für mich ist die Frage: Was sind Motive für eine Radikalisierung in den Milieus, die Sie gerade beschrieben haben? Woher kommt Verachtung und wen muss ich verachten?

Silke Baer: Was führt zu Radikalisierung und was nicht? Warum werden manche Jugendliche in manchen Milieus eben nicht rechtsextrem sondern linksalternativ? Das sind sehr offene Fragen. Um eine Antwort geben zu können, hilft qualitative Sozialforschung. Es gibt mehrere Indikatoren, die zusammenwirken: Sichtlich spielt der eigene Selbstwert eine Rolle, die so genannte Selbstwirksamkeitserfahrung. Auch die Frage, wie viel sie in ihrem Umfeld mitreden können oder ob sie jemanden kennen, der oder die auf gute Weise politische oder gesellschaftliche Teilhabe erlebt. Historisch gesehen müssen wir uns den sozialen Kontext vergegenwärtigen: Um die Jahrtausendwende gab es in manchen Regionen einen starken Bevölkerungsrückgang, weil die Leute weggezogen sind. Es gab sogenannte schrumpfende Städte in den neuen Bundesländern, in denen die Einwohnerzahlen sich halbiert haben, etwa von 50.000 Einwohnern auf 25.000 Einwohner zurückgegangen sind. Das Gefühl der Leute dort, das ist ganz schwer nachvollziehbar. Da war viel Frust, Resignation und Orientierungslosigkeit. Wir haben in Präventionsprojekten auf einer jugendkulturellen Ebene versucht mit Skateboards und Musikanlage ein bisschen Leben in die Bude zu bringen und Selbstwirksamkeitserfahrungen in Workshops oder anderen Angeboten zu ermöglichen. Die Jugendlichen waren ausgehungert, das wurde sehr deutlich. Konstatieren können wir auch ein unglaubliches politisches Versagen in vielen Regionen. Es gab dort vormals viele Jugendeinrichtungen, die alle geschlossen wurden. Hier spielen also die regionalen Bedingungen und Angebotsstrukturen eine wichtige Rolle. In einigen Orten sind rechtsextreme Organisationen in die Leerstelle der Jugendarbeit gegangen, will heißen: Sie haben die Jugendlichen aufgegriffen und ihnen Angebote der Freizeitgestaltung und Zugehörigkeit gemacht. Andere Faktoren für eine Radikalisierung sind Familienbrüche, physisch oder psychisch abwesende Elternteile – insbesondere Väter.

Ulrike Hauffe: Die allgemeine Vorstellung oder das Vorurteil ist, dass die Radikalisierung eher von männlichen Jugendlichen getragen ist. Welche Rolle spielen die Mädchen? Sind das einfach nur Groupies?

Silke Baer: Tendenziell sind Frauen genauso wie Männer zu Hass und Menschenverachtung gegenüber bestimmten Gruppen fähig und sie äußern sich auch kräftig. Es gibt z.B. das Forschungsnetzwerk „Gender und Rechtsextremismus“ von Professorinnen, die sich genau mit dieser Frage beschäftigen. Mein Verein, cultures interactive e.V., hat dazu ein EU-Projekt durchgeführt, also zu Frauen und Mädchen sowie Genderaspekten im Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus. Wir sind der Frage nachgegangen: Was sind da mögliche Rollen, welche Rollen nehmen die weiblichen Jugendlichen ein? Es gibt gewisse Rollenaufteilungen, die teilweise auch sehr strategisch sind, etwa um bestimmte Themen leichter in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Oft wird innen- und sicherheitspolitisch übersehen, dass Mädchen und Frauen aggressive und politisch aktive Akteurinnen in extremistischen Szenen sind. Beate Zschäpe ist das beste Beispiel und die dazugehörige Berichterstattung: Es ging in den Berichten um sie zunächst darum, mit wem Beate Zschäpe ins Bett gegangen ist oder welche Kleidung sie trägt. Weniger ging es um ihre politischen Motive sich einer rechtsextremen Terrorgruppe anzuschließen. Oder wenn es mit rechtsextremen Cliques zu Schlä-

gereien kommt, werden die Mädchen konsequent übersehen. Die Polizei kommt und nimmt die jungen Männer fest, ganz nach dem Motto: Mädchen prügeln sich nicht. Die Mädchen sagen, wir haben natürlich auch zugeschlagen, aber sie werden als passiv wahrgenommen. Man spricht hier von Genderblindheit.

Ulrike Hauffe: Frau Gwiazdecka, wie sieht es in Polen aus? Gibt es eine Jugendgeneration, die zum Rechts-Extremismus oder Rechtspopulismus neigt?

Joana Gwiazdecka: Es gibt Unterschiede. Aber als negativen Befund muss ich festhalten, dass die rechtspopulistische Regierungspartei tatsächlich viel von der Jugend unterstützt wurde.

Ulrike Hauffe: Was hat all das bisher Besprochene mit Gesundheit zu tun? Joana Gwiazdecka hat diese politischen Tendenzen gleich mit Abtreibung in Verbindung gebracht. Helga Trüpel hat darauf verwiesen, dass zumindest ein Teil dieses Phänomens damit zu tun hat, dass sich Menschen gestresst und abgehängt, nicht mehr verortet fühlen. Immerhin haben wir hierzulande die meisten Krankschreibungen wegen Stress zu verzeichnen. Meine Frage: Wie wirkt sich diese Politik auf Frauengesundheit aus? Stichworte wären hier Repression und Abtreibung, Liberalisierung reproduktionsmedizinischer Angebote.

Erika Feyerabend: Wir sind geneigt zu sagen, wenn es Rechtspopulismus/-radikalismus gibt, dann droht uns Frauen, dass wir unsere mühsam erstrittenen Freiheiten verlieren, vor allem das Recht auf Abtreibung. Nebenbemerkung: Wir haben dieses Recht im Format feministischer Forderungen nie bekommen. Wir Frauen sollen eben wieder gebären und die klassischen Rollenmodelle erfüllen, als Mutter, Hausfrau, eben als vor allem versorgendes und erziehendes Geschlecht. Wir haben gestern über Religion, vor allem über die christliche Religion gesprochen. Dieses Modell, zumindest auf der Ebene ideologischer Rollenerwartungen, hat in den wertkonservativen Parteien, in der katholischen Kirche immer noch Wirkung. Katholische Krankenhäuser weigern sich Abtreibungen durchzuführen. Je nach Bundesland und Konfessionsmehrheiten wird es immer schwieriger Frauenärztinnen zu finden, die diese Eingriffe durchführen. Was ich sagen will: Nicht ausschließlich rechtspopulistische Kräfte versuchen die Geschlechterverhältnisse stetig wertkonservativ zu gestalten und die gesellschaftliche Stimmung in diesem Sinne zu beeinflussen. Es gibt zeitgleich einen wachsenden Zugriff auf den Frauenkörper. Über Reproduktionstechnologien entstehen wahre und internationale Märkte. Frauen haben eine berechtigte Kritik an diesen Zugriffen formuliert, die Vermarktung ermöglichen und neo-liberale Selbstbestimmungskonzepte bedienen, gleichzeitig aber auch die Vorstellung eines „natürlichen“ Kinderwunsches verstärkt und bevölkerungspolitische Ambitionen transportieren. Die erwähnte wertkonservative Fraktion hat Bruchstücke dieser Kritik aufgenommen, eingemeindet und an ihren Diskurs um Abtreibung gekoppelt. Und genau diese Kopplung führte m.M.n. dazu, diese Lebensschutzideologie wieder mehrheitsfähiger zu machen, nicht nur in wertkonservativen und rechtspopulistischen Nischen. Hinzu kommt eine ziemlich unterkomplexe Diskussionskultur in den Medien. Wir haben es anscheinend immer mit zwei klar voneinander abgrenzbaren Fraktionen zu tun: Die Wertkonservative, die Leben (also Embryonen und Föten) schützen und Abtreibungsrechte beschränken will und die liberale, die das Recht auf Abtreibung hochhält und zeitgleich die liberalen reproduktiven Märkte zu fördern trachtet, also Selbstbestimmung im Modell der Konsumentinnenrechte verstärkt.

Ulrike Hauffe: Da haben wir einen richtigen Konflikt, der auch die Frauenbewegung betrifft und ungefähr so aussieht: Selbstbestimmung der Frau bedeutet, wer abtreiben will, soll das selbstverständlich tun können. Wer die reproduktiven Märkte nutzen möchte, von der Pränataldiagnostik bis zur Eizellspende, realisiert

auch in dieser Hinsicht ihr Selbstbestimmungsrecht. Wer reproduktive Märkte kritisiert, hat Probleme das Recht auf Abtreibung nicht auch in Frage zu stellen.

Erika Feyerabend: Es gibt einen recht marktgängigen Begriff von Selbstbestimmung, der da lautet: Was ich als „Kundin“ möchte, das bekomme ich. Diese einfache Deutung hat innerhalb des feministischen Diskurses durchaus auch Platz gegriffen. Sicher gibt es auch feministische Positionen, die auf der einen Seite das Recht auf Abtreibung sehr wohl verteidigen und andererseits aus guten Gründen diese reproduktiven, marktorientierten Zugriffe auf den Frauenkörper zu kritisieren wissen. Es gibt feministische Diskurse, die sich mehr darauf fokussieren, wie diese reproduktionsmedizinischen Angebote die sozialen Beziehungen, die Fremd- und Selbstwahrnehmungen von Frauen verändern. Oder welche neuen Ausbeutungsverhältnisse entstehen, beispielsweise über Leihmutterschaft oder die Eizellabgabe. Es gibt feministische Diskurse, die auf die sozialen Konsequenzen aufmerksam machen, wenn am moralischen Status des Embryos die Rhetorik vom „Lebensschutz“ und von der Abtreibung gar als „Tötungsakt“ wieder oder einmal mehr verstärkt Einzug gehalten haben. Solch differenzierte Argumentationen haben es aber unendlich schwer in dieser bipolaren, auf Pro und Contra reduzierten Diskussion. Die Massenmedien haben bei allen möglichen Themen und Kontroversen eine Affinität zu solchen einfachen Darstellungsweisen, die wenig Raum brauchen und die Welt in einfache Pros und Contras zerlegen. Feministinnen, das muss man schon sagen, haben es in dieser Umgebung schwer.

Ulrike Hauffe: Sie habe jetzt schon tief Luft geholt Frau Baer. Was möchten Sie sagen?

Silke Baer: Inwieweit sind Radikalisierung und Rechtspopulismus Desintegrationsphänomene? Inwieweit sind sie Folge davon, dass unsere Welt weitgehend kommerzialisiert ist? Dazu möchte ich festhalten: Alle rechtspopulistischen Organisationen sind unglaublich wirtschaftsliberal. Sie spielen nicht nur auf der Klaviatur von „Rassismus“ und „Sexismus“ sondern auch von „Wirtschaftsliberalität“. Genau deswegen brauchen sie wieder ein traditionelles Rollenverständnis zwischen Mann und Frau. Das Programm der AfD etwa ist gespickt mit Genderthematiken. Im rechtsextremistischen Feld ist von „Genderterror“ die Rede, im rechtspopulistischen wird gefordert die „Genderideologie“ abzuschaffen. Das ist kein Zufall sondern hat Systematik. Die sogenannte Neue Rechte formierte sich seit den 1960er Jahren, auch während der Studentenbewegung. Sie ist im außerparlamentarischen Bereich höchst aktiv, auch in den Medien und großen deutschen Zeitungen. Deutlich wurde das spätestens im Jahr 2006, als die EU-Leitlinie zum Gendermainstreaming verabschiedet wurde. Damals begann der Kampf „dagegen“ und zwar mitnichten ausschließlich von Leuten, die man dem Rechtspopulismus zuordnen würde. Es scheint, als ob wir in Fragen von Gleichberechtigung der Frauen, Öffnung gegenüber sexueller Vielfalt u.a. einige Bevölkerungsgruppen nicht mitgenommen haben. Das muss man konstatieren. Wir hatten eine gute Zeit, die wir nur leider zu wenig gefeiert haben. Jetzt kommt von einer Seite ein derber Backlash für emanzipatorische Ideen, der sich aber folgerichtig aus der angedeuteten Entwicklung der letzten Jahrzehnte ergibt. Wir brauchen aber deshalb nicht gleich in Katastrophenstimmung zu verfallen. Wir können dagegen etwas tun.

Joana Gwiazdecka: Das, was man zumindest in den Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas beobachten kann, ist eine tiefe Polarisierung. Ein Teil ist für die Verschärfung des Abtreibungsrechtes, ein anderer dagegen und dazwischen liegt ein tiefer Graben. Diese Debatte ist noch nicht abgeschlossen und der Kompromiss von 1993 in seiner relativ liberalen Form besteht zwar noch weiter, ist aber umkämpft. Es gibt wieder diese zwei Initiativen – „Abtreibung stoppen“ und die Gegenbewegung. Es werden wieder Unterschriften gesammelt.

Vorgeschlagen wurde, auch die Ausnahmeregelungen – für pränatale Diagnostik und den Abbruch einer Schwangerschaft, wenn ein Kind mit Behinderung zu erwarten ist – abzuschaffen. Es kann durchaus sein, dass die Gesetzesnovelle in dieser Form verabschiedet werden könnte. Der innergesellschaftliche Druck ist wirklich enorm. Nur ein Beispiel: In der Warschauer Innenstadt, gleich neben dem Bürgermeisteramt, wurde ein Lastwagen gestellt, mit einem großen Foto eines abgetriebenen Fötus. Das ist schon eine Provokation, gerade weil der Bürgermeister in Warschau von der Opposition kommt.

Ulrike Hauffe: Wir erleben gerade in Deutschland eine polarisierte Debatte. Eine Petition im Netz erhitzt die Gemüter. Sie betrifft die Anklage gegen die niedergelassene Gynäkologin Kristina Hänel. Sie ist nicht die erste, die sich vor Gericht – in diesem Fall in Gießen – zu verantworten hat, weil sie auf ihrer Website Informationen zum Schwangerschaftsabbruch bereitstellt und bekannt gibt, wo Abbrüche in Gießen und Umgebung durchgeführt werden können, eben auch in ihrer Praxis. Deswegen ist sie strafangeklagt. Es geht also ernsthaft um ein Strafverfahren und einige Gynäkologinnen wurden tatsächlich verurteilt. Kristina Hänel hat ihr Verfahren öffentlich gemacht und möchte eine politische Klärung herbeiführen. Ärztinnen, die verurteilt wurden sind vorbestraft und haben eine Geldbuße zu zahlen. Ich bin dankbar für ihre Initiative und auch dafür, dass die Gynäkologinnen im AKF eine Stellungnahme geschrieben haben. Es geht um den § 219a, der besagt, dass keine Werbung für Schwangerschaftsabbrüche gemacht werden darf. Frau Hänel und andere Gynäkologinnen werben nicht für Abbrüche, sie informieren lediglich. Vielleicht ist das eine gute Gelegenheit, um die AKF-Stellungnahme vorzulesen.

Dr. Antje-Huster: Es geht hier nicht nur um den § 219a. Dieser Paragraph ist lediglich zum Einfallstor geworden, um Abtreibungen zu erschweren und den § 218 wieder auf die politische Agenda zu setzen. Hier unsere Stellungnahme:

Ärztinnen wegen Verstoß gegen Paragraph 219a kriminalisiert – Transparente Patientinneninformationen zu Schwangerschaftsabbrüchen notwendig

Am 24. November 2017 wird der Fall einer Ärztin für Allgemeinmedizin vor dem Amtsgericht Gießen verhandelt. Der Grund: Sie hat auf ihrer Website angegeben, dass sie unter anderem Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Gegen zwei weitere Gynäkologinnen ist kürzlich ein Ermittlungsverfahren aus demselben Grund eröffnet worden. Die Anklagen beziehen sich auf einen angeblichen Verstoß gegen den Paragraphen 219a StGB, dem zufolge sich strafbar macht, „wer öffentlich seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt.“

Der Arbeitskreis Frauengesundheit e. V. (AKF) wendet sich entschieden gegen eine Auslegung des Paragraphen, die den elementaren Rechten von Frauen auf gesundheitliche Information widerspricht (siehe Patientenrechtegesetz (BGB)). Dieses Recht auf Information muss selbstverständlich auch für sachliche Informationen über den Schwangerschaftsabbruch im Rahmen der Angebote einer Arztpraxis gelten.

Informationen für schwangere Frauen in dieser besonderen Konfliktsituation müssen transparent und zugänglich sein. Webseiten mit diesbezüglichen Inhalten, sei es von öffentlichen Stellen oder von Ärztinnen und Ärzten, sind heute das übliche Medium zur Informationsweitergabe. Sachliche Informationen der Ärztin

über ihr medizinisches Angebot dürfen deshalb nicht als Werbung im Sinne des Paragraphen 219a ausgelegt werden.

Der Paragraph 219a StGB ist darüber hinaus veraltet. Der AKF fordert deshalb, ihn im Sinne der gesetzlich festgelegten Patientenrechte zu ändern. Der AKF solidarisiert sich mit den nach Paragraph 219a StGB angeklagten Ärztinnen.

Ulrike Hauffe: Diese Stellungnahme ist im AKF verabschiedet worden und ab heute öffentlich, um einen Meinungsbildungsprozess in Gang zu setzen. Als Einzelpersonen kann man sich überlegen, die Petition von Frau Dr. Hänel zu unterschreiben, die im Netz über Campact gefunden werden kann. Radikalisierungstendenzen – in diesem Fall bezüglich des Rechtes auf Abtreibung – gibt es also nicht nur in Polen. Sie finden auch vor unserer Haustüre statt. An dieser Stelle lade ich das Auditorium ein, über ihre Erfahrungen in der Praxis zu sprechen, über die am Podium besprochenen politischen Entwicklungen.

Publikum: Ich hab eine Frage oder Bemerkung zu dem, was Frau Trüpel gesagt hat. Ich komme aus Dresden. Alle wundern sich, warum diese Rechtstendenzen dort so stark sind. Sie beschreiben die drei Klassen – die kosmopolitische, die alten Ingenieure und Zahnärzte, die gibt es im Osten zum Beispiel gar nicht, und die Hartz IV Empfänger. Meine Schwester ist 54 Jahre, sie lebt seit ein paar Jahren in Bayern und ist Bäckereiverkäuferin in München. Sie verdient 1.700 Euro als Vollzeitbeschäftigte. Netto macht das 1.200 Euro. Allein die Miete kostet schon 500 Euro. Wo kommt meine Schwester in Ihrer Beschreibung vor? Oder die Beschäftigten bei H&M? Die Verkäuferinnen dort haben zu 40% Arbeitsverträge über mindesten 10 Stunden pro Woche, alles andere ist auf Abruf. Wo kommen meine Eltern vor? Mein Vater war zur Wendezeit etwas älter als 50 Jahre, hatte drei Facharbeiterbriefe. Meine Mutter hatte im Konsum eine leitende Tätigkeit. Den Konsum gab es nach kurzer Zeit nicht mehr, dafür aber Netto und Rewe. Mein Vater war immer wieder arbeitslos. Es waren nicht finanzielle Probleme, die meine Eltern beschäftigten, sondern die massive Kränkung. Arbeit war im Osten nicht nur Broterwerb. Es war auch eine gesellschaftliche Aktivität. Und es gab in den 1990er Jahren sofort Beratungsstellen von Caritas und Diakonie, obwohl nur zwanzig Prozent in Sachsen einer der beiden Kirchen angehören. Bis heute gibt es keine Beratungsstelle für Schwangerschaftskonflikte von Pro Familie. All das taucht in den Medien vorwiegend nicht auf.

Publikum: Ich möchte das Beispiel Brexit nennen. Es wurde argumentiert, gerade für jene Bevölkerungsgruppen, die sich vergessen und weggeschoben fühlten: Es sind die ausländischen Arbeitnehmer/innen, die Euch die Arbeitsplätze wegnehmen. Nun gibt es aber ein Entsendegesetz, dass Arbeitnehmer/innen aus anderen europäischen Staaten auch sozialabgabepflichtig sind. Nach dem Brexit trifft das Entsendegesetz nicht mehr für sie zu – und sie sind damit wieder billiger als die einheimischen Beschäftigten. Gerade für das Prekariat, das sich zurückgesetzt fühlt, hat sich also die Situation verschlechtert. Das war eine Art Fake-Argumentation, die sich auch auf die Gesundheit der Leute auswirken kann.

Publikum: Ich bin Frauenärztin und seit langem im AKF, aber auch in der Deutschen Gesellschaft für Psychosomatische Frauenheilkunde und Geburtshilfe DGPF e.V. Wir stehen dafür ein, Frauen psychosomatisch in diesen Konfliktsituationen beizustehen. Dafür brauchen Frauen gute Informationen und gute Ärzte und Ärztinnen. Deshalb unterstützt der Vorstand der DGPF die Resolution des AKF zum § 219a.

Publikum: Ich komme nochmal auf die sexuelle Selbstbestimmung zu sprechen. Es gibt hier in Berlin ein Bündnis, als Reaktion auf die stetig größer und sichtbarer werdende Bewegung der „Lebensschützer“. Das ist gut zu sehen an deren jährlicher Demonstration, die größer wird.

Ulrike Hauffe: Wir haben zwei politische Komplexe aufgeführt. Einmal, wer sich „abgehängt“ fühlt, in Ost- wie in Westdeutschland. Zum anderen die sexuelle Selbstbestimmung.

Helga Trüpel: Auch wenn die Wende gewollt wurde, sie hat Kränkung und Selbstentwertung hervorgerufen, besonders für die Älteren. Genau deshalb wollen wir von Bündnis90/Die Grünen die Bildungspolitik stärken, damit Frauen gute Jobs kriegen. Wir machen uns politisch dafür stark, dass die Pflege besser bezahlt und eine andere Sozial- und Gesundheitspolitik möglich wird. Hartz IV ist wirklich zu weit gegangen. Wir verfügen aber nicht über die politische Macht, das schnell und absehbar umzusetzen. Insgesamt haben Sie schon recht, wir haben es mit verrückten Phänomenen zu tun: Arme wählen mit der AfD den massiven Sozialabbau.

Erika Feyerabend: Ich denke, wir können eine allgemeine politische Aussichtslosigkeit konstatieren. Vieles wird als „alternativlos“ kommuniziert und mangels politischer Selbstwirksamkeitserfahrung auch so angenommen. Wirtschaftspolitisch dominiert ein neoliberales Narrativ in fast allen Parteien. Auch die Linke hat nicht mehr zu bieten als ein Versprechen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, das aber von den Oppositionsbänken aus nicht in praktische Politik eingelöst werden muss. Ansonsten hofft man dort auf ein keynesianistisches Wachstumsprogramm und etwas ausgeglicheneres Wohlstandsniveaus. Alle hoffen, dass die AfD ein vorübergehendes Phänomen ist. Das allerdings hoffe ich auch. Eine dauerhafte kulturell gestützte Anbindung der früheren Nicht-Wähler/innen oder auch der Protestwähler/innen wird dieser Partei hoffentlich nicht gelingen – besonders mit diesem wirtschaftsliberalen Parteiprogramm und dieser Sozialabbau-Politik. Aber ein Potential von geschätzten 15-20 Prozent rassistisch Eingestellter in diesem Land könnte schon ausreichend, um AfD-Forderungen – wir sehen es ja gerade in der Flüchtlingspolitik – in einigen Parteien zu verankern. Die politische Tatsache, dass Markt und Macht heute nicht im Befehlston gesichert wird, sondern mit Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik gepaart sein kann, ist eine Erfahrung. Ob diese neoliberalen (im wirtschaftspolitischen Sinn) Rechtspopulisten das erkennen können, kann ich nicht einschätzen. Ich denke aber nicht, dass alle Frauen gleichermaßen von dieser politischen Fraktion bedroht werden. Wer sich wirklich fürchten muss, das sind die Migrantinnen, die aus einer islamisch geprägten Welt kommen. Ich hatte das schon erwähnt: die AfD-Mitglieder und Anhänger grenzen sich nach Oben und Außen ab. Letzteres funktioniert argumentativ über den Bezug auf Individualrechte, die anscheinend die große Errungenschaft in Deutschland sein sollen, oder auch Teilen Europas, jedenfalls einen als „rückständig“ und „unaufgeklärt“ gekennzeichneten Orient noch nicht erreicht haben sollen. Fürchten müssen sich all jene, weitgehend rechtlose Arbeiterinnen aus Osteuropa, die unter miesesten Bedingungen als illegale oder halblegale Pflegerinnen unsere Eltern versorgen. Unter den flexibilisierten und intensivierten Arbeitsbedingungen und immer noch existierenden Doppelbelastungen, sind diese reproduktiven Arbeiten delegiert worden. Außerdem wollen Frauen zu recht nicht mehr diese unbezahlten und unsichtbaren Dienste leisten wollen. Fürchten müssen sich die vielen Frauen, die aufgrund der vorherrschenden Asylpolitik – auch der bürgerlichen Parteien – nur auf illegalem Wege zu uns kommen, unter enormen Entbehrungen, einem extrem hohem Risiko vergewaltigt

zu werden und seelisch wie gesundheitlich Schaden nehmen. Einem Verband wie AKF steht es gut an, sich mit diesen Frauen zu solidarisieren.

Silke Baer: Ich finde es sehr spannend hier eingeladen worden zu sein. Denn z. B. in dem internationalen Fachaustausch-Arbeitsgruppen des EU Netzwerk RAN, Center of Excellence of Radicalisation Awareness Network, wurde früh klar, dass wir das Gesundheitswesen mitdenken müssen. Warum ist das so wichtig? Wenn wir extremistische Mädchen erreichen wollen, finden wir die woanders als die Jungen. Wie schon erwähnt, Mädchen werden nicht verhaftet, demnach erreichen wir sie nicht mit Angeboten der Distanzierung im Strafvollzug. Aber sie werden bei anderen Institutionen auffällig, haben etwa persönliche Problem- und Lebenslagen, die sie in Frauenhäuser bringen, in Mutter-Kind-Einrichtungen, in Kliniken oder mit Hebammen und Ärztinnen in Kontakt bringen. Das sind Schlüsselorte für eine Erstansprache. Hier können wir zusammenarbeiten. Es gibt Mädchen und Frauen, die Mütter werden und aufgrund ihrer geänderten Familiensituation und Verantwortung nicht mehr zurück in Hassgruppierungen wollen. Für die bräuchte es z.B. Coaching für Fachkräfte der familienorientierten Hilfen, um diese zu unterstützen einen Ausstiegsprozess von ihren jungen Klientinnen fachgerecht anzuregen und zu begleiten. Zum inhaltlichen Backlash bezogen auf Genderthematiken durch die konservative und extreme Rechte muss man gelassen bleiben und vor allem auch unrichtigen und grundgesetzwidrigen Aussagen widersprechen. Da wird zum Beispiel behauptet: „Die Gender-Industrie und ihre Auswüchse mit Beauftragten, Lehrstühlen und Schwachsinnstudien ist nichts anderes als die Institutionalisierung der Schwulen-, Lesben- und Translobby in der deutschen Politik und Verwaltung. Dafür gibt es aber keinen staatlichen Auftrag.“ (Birgit Kelle in BILD, 22.06.2016)

Das ist falsch. Der staatliche Auftrag ist in § 3 des Grundgesetzes geregelt: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Und niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens oder politischen Anschauungen oder Behinderung benachteiligt werden.